



FRAUENRUNDBRIEF

Foto: © berwis / www.pixelio.de

2016

HALTERN AM SEE

Alleinerziehende unter Druck – von Armut und Überforderung bedroht

„Eine aktuelle familienrechtliche und familienpolitische Studie der Bertelsmann-Stiftung unter dem Titel „Alleinerziehende unter Druck“ sieht diese weiter wachsende Gruppe der Bevölkerung zunehmend von Armut und Überforderung bedroht. Alleinerziehende seien zu 89 % Frauen; ihr ständiger Kampf, Familie und Beruf zu vereinbaren, so wird betont, werde von Schulen, Arbeitgebern, Behörden und Öffentlichkeit nicht angemessen anerkannt und unterstützt.

Die Armutsgefahr wachse, da 3 von 4 Kindern Alleinerziehender keinen oder zu wenig Unterhalt bekämen und der Staat nur wenig tue, um die Unterhaltspflichtigen heranzuziehen. Von den 2,3 Mio Kindern in Ein-Eltern-Familien muss der Studie zufolge 1 Million Leistungen nach Hartz IV in Anspruch nehmen.“

Quelle: www.frauenbueros-nrw.de

Frauenhass im Internet

(fpd 05.08.16) Frauenpolitischer Dienst im Internet: «Uns reicht's!»

fs / 23. Jun 2016 (Friedrich-Ebert-Stiftung) - Politikerinnen und Journalistinnen werden online übel beschimpft und bedroht, weil sie Frauen sind. Jetzt rütteln sie die Öffentlichkeit wach.

„Vier renommierte Journalistinnen aus Österreich prangern den Frauenhass im Netz an und fordern die Politik zum Handeln auf. Unter der Schlagzeile «Uns reicht's» berichten sie in der Wochenzeitung «Falter» über unerträgliche sexistische Beschimpfungen, Vergewaltigungs- und Morddrohungen, die sie täglich über E-Mail, Twitter, Facebook und andere Netzwerke erhalten.

Ingrid Thurnher vom öffentlich-rechtlichen TV-Sender ORF, Corinna Milborn vom Privatsender Puls 4, die freie Journalistin Barbara Kaufmann und Hanna Herbst vom Magazin «Vice» machen damit sichtbar, was bisher bagatellisiert und tabuisiert wird. Betroffene sexistischer Hasskommentare reagierten wie andere Opfer sexueller Gewalt, heißt es im «Falter». Sie würden die Attacken meist nicht thematisieren, um nicht weitere Hasstiraden auszulösen und um nicht stigmatisiert zu werden. Sie würden den Hass verdrängen, ertragen oder sich vorsichtiger äußern und Themen wie Frauenrechte meiden. Damit erreichten die Pöbler ihr Ziel.

Wie verbreitet Attacken gegen Journalistinnen sind, zeigt eine Statistik des britischen «Guardian». Danach sind fast nur Frauen von nicht tolerierbaren Kommentaren betroffen. Unter den zehn Journalistinnen und Journalisten, deren Texte in den letzten zehn Jahren die meisten unflätigen Kommentare erhielten, sind acht Frauen.

In Großbritannien forderten Politikerinnen aller Parteien nach dem Mord an Jo Cox, Frauenhass im Netz nicht mehr stillschweigend zu tolerieren, sondern endlich zu stoppen.

In der Schweiz hat der konservative Nationalrat Andreas Glarner (SVP) zwei Kritikerinnen seiner Asylpolitik auf Twitter sexistisch beleidigt. Wegen der vielen Reaktionen

löschte er seinen Account und veröffentlichte stattdessen Fotos der beiden Frauen auf Facebook. Seinen Kommentar dazu habe er geschickt formuliert, sagte eine der Betroffenen gegenüber der Plattform «watson»: «Die Kommentatoren in den Kommentarspalten haben in Gewalt- oder Vergewaltigungsfantasien allerdings die rote Linie ziemlich offensichtlich überschritten.» Den Beitrag auf Facebook löschte Glarner schließlich, nachdem sein Facebook-Profil vorübergehend gesperrt worden war.“
Quelle: www.frauenbueros-nrw.de

Friedrich-Ebert-Stiftung:

Infobrief Gender matters! Nr. 6 – Antifeminismus

„Dass es nicht DEN EINEN Feminismus, sondern vielfältige Feminismen gibt, diese Einsicht ist im gesellschaftlichen Diskurs längst angekommen“, schreibt die FES in der 6. Ausgabe ihres geschlechterpolitischen Infobriefs und richtet den FOKUS auf antifeministische Entwicklungen in Deutschland und in Europa. „Schauen wir uns beispielsweise die Entwicklung von Offline- und Online-Feminismus an, das Zusammenspiel, aber auch die durchaus kritischen Diskussionen zwischen AkteurInnen, wird das offensichtlich. Feminismus ist heute internationaler und intersektionaler als je zuvor. Das haben wir vor allem auch dem Internet zu verdanken, das vielfältige Formen des Austauschs und der Vernetzung bietet. Eine sehr positive Entwicklung, bedenkt man, dass auf diese Weise der Raum für den Kampf um Gleichstellung erweitert wird.

Dennoch hat der Begriff „Feminismus“ seit jeher mit Vorurteilen zu kämpfen und nicht selten wird der Austausch über feministische Themen – vor allem auch im Internet und in den „Sozialen Medien“ – von Beschimpfungen, Anfeindungen und Drohungen begleitet.

„Feminismus“ polarisiert stark, Fragen der Gleichstellungspolitik dominieren die öffentliche Debatte. Rechtspopulistische Parteien sind auf dem Vormarsch in Europa und setzen dabei auf eine rückwärtsgewandte Familien- und Geschlechterpolitik. FeministInnen werden bei ihrem Einsatz für Gleichstellung, für die Selbstbestimmtheit von Frauen und gegen Sexismus gleichermaßen persönlich und in ihren Positionen bekämpft.“

Mehr: <http://www.fes.de/gender/infobrief/>

Blinde Flecken in der Ursachenanalyse des Gender Pay Gaps werden erforscht

„Viele Untersuchungen zu den Verdienstunterschieden zwischen den Geschlechtern suggerieren, dass allenfalls ein kleiner Teil auf Lohndiskriminierung zurückgeht. Der größere Teil ließe sich durch die unterschiedlichen Positionen von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt erklären. Unsere Analysen zeigen jedoch, dass sich auch hier ungerechtfertigte Benachteiligungen verbergen können.“ Dies erklärte die Direktorin des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen, Prof. Dr. Ute

Klammer. Dass in typischen Frauenberufen weniger verdient werde, sei „häufig nicht gerechtfertigt“. Darauf deuteten „erste Ergebnisse eines Forschungsprojekts hin, dass die ‚Blinden Flecken in der Ursachenanalyse des Gender Pay Gaps‘ untersucht.“

Quelle: www.frauenbueros-nrw.de

Entgeltgleichheitsgesetz

„Im Streit um das geplante Entgeltgleichheitsgesetz hat die Antidiskriminierungsstelle „Union und SPD“ aufgefordert, das im Koalitionsvertrag vereinbarte Gesetz rasch auf den Weg zu bringen“.

„Die Bundesregierung steht gegenüber den Frauen in der Pflicht.“ ... Ungleiche Bezahlung aufgrund des Geschlechts sei eine „unzulässige Diskriminierung nach dem AGG und verstoße auch gegen Europarecht“. (fpd 12.07.16) Frauenpolitischer Dienst

Quelle: www.frauenbueros-nrw.de

Deutscher Frauenrat „auf neuem Kurs“

„Der Deutsche Frauenrat ist tonangebend in der Vertretung frauen- und gleichstellungspolitischer Interessen. Wir sind ein einflussreicher Zusammenschluss. Auf politischer und gesellschaftlicher Bühne werden wir als kompetente Partnerinnen und wichtige Ratgeberinnen wahrgenommen.“ Mit dieser „Vision von der Zukunft der Frauenlobby“ hat die neue Vorsitzende des DF, Mona Küppers (DOSB) den politischen Anspruch der Frauenverbände im Frauenrat neu formuliert. Mit einem neuen Vorstand und 3 Fachausschüssen, so der DF, habe „die Lobby der Frauen neuen Kurs aufgenommen“. Wörtlich: „Das Ziel lautet: mehr Schlagkraft, Sichtbarkeit und Synergie.“

„Mit der erstmaligen Bildung von Fachausschüssen sollen die Mitgliedsverbände „zukünftig stärker in die inhaltliche Arbeit und Mitgestaltung des DF einbezogen werden“. Für die neue Wahlperiode wurden folgende Schwerpunkte festgelegt: „Die Integration und Begleitung von geflüchteten Mädchen und Frauen in Deutschland“, das Thema „Frauengesundheit“ mit der Aufgabe, ein „fundiertes Positionspapier zur geschlechtergerechten Gesundheitsvorsorge zu entwickeln“, und unter dem Titel „Anforderungen des DF an die Parteien zur Bundestagswahl“ einen „umfassenden Gleichstellungs-Check“ durchzuführen.“ (fpd 12.07.16) FrFienst

Quelle: www.frauenbueros-nrw.de

Frauenanteil von 61,7 % an den vom Mindestlohn betroffenen Jobs

„Frauen machen einen Anteil von 61,7 % an den vom Mindestlohn geschützten gering bezahlten Jobs aus; dies sind 2,5 Mio Frauen. Der Anteil der 1,5 Mio vom Mindestlohn-gesetz betroffenen Männern betrug demnach, wie das Statistische Bundesamt mitteil-te, „nur 38,3 %“. Die betroffenen Frauen verdienten im April 2014 – kurz vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Bundesdurchschnitt brutto 7,21 € je Stunde, die Männer 7,18 €, also noch etwas weniger. In der 2016 veröffentlichten Auswertung der „Verdienststrukturerhebung für das Jahr 2014“ heißt es:

„Erhielten sie künftig den Mindestlohn, würde das durchschnittlich eine Lohnerhö-hung von ca.18 % bedeuten. Insgesamt würden dann – unveränderte Arbeitszeiten vorausgesetzt –monatlich deutschlandweit schätzungsweise 431 Mio Euro mehr Brut-tolohn ausgezahlt, 39 % davon in Ostdeutschland und 58 % an Frauen.“ (fpd 12.07.16)

Quelle: www.frauenbueros-nrw.de

Junge Erwachsene und Gleichstellung

„Gleichberechtigung ist heute ein Thema, das in der Gesellschaft angekommen ist, nicht nur in Gesetzen und rechtlichen Fragestellungen, sondern weitestgehend auch im Alltag - so denken viele. Aber: Wie sieht die junge Generation das Thema? Welche Einstellungen haben junge Menschen in Niedersachsen zu den Themen Feminismus, Gleichberechtigung und Gleichstellung in der Gesellschaft? Ist in dieser Gruppe ein hohes Interesse zu erkennen? Und wie sieht es mit der Umsetzung von Gleichstellung im Alltag aus? Auf diese Fragen Antworten zu erhalten, war Ziel des Projektes „Gleich-stark“, das das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstel-lung gefördert hat. Mittels partizipativer Elemente wurden Vorstellungen, Meinungen und Wünsche von jungen Menschen zum Thema Gleichstellung ermittelt. Darüber hinaus ist mittels einer Befragung untersucht worden, inwieweit die durchaus positi-ven Einstellungen zur Gleichberechtigung auch Eingang in die Lebensrealitäten junger Erwachsener finden. Die Kernergebnisse finden Sie in einer Broschüre zusamme-fasst.“

www.vernetzungsstelle.de/gleichstark

Quelle: www.frauenbueros-nrw.de

Stadt Haltern am See
Franziska Steverding-Waterkamp, Gleichstellungsbeauftragte
September 2016
www.haltern-am-see.de

